



# Protokoll

## Kantonaler Parteitag vom 19. August 2020 im Saal des Restaurant Rössli in Oensingen, 19.45-21.50 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 77, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)  
Absolutes Mehr: 39  
Gäste: 7

### Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Max Schmid, Irene Meier-Reber

Kantonsratsfraktion: Thomas Marbet, Matthias Racine, Luzia Stocker

Rechnungsprüfungskommission:

Beschwerde- und Schiedskomm:

Sektionen: Walter Oberli (Biberist), Sektion Biberental, Anna-Lea Enzler, Rudolf Moor (Olten), Bea Heim (Starrkirch-Wil)



## Geschäftsliste

1. **Eröffnung des ordentlichen Parteitages**
2. **Bestellung des Wahlbüros/Stimmzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 8. Januar 2020 in Grenchen**
5. **Genehmigung der Jahresrechnung 2019** (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)  
**Berichts der RPK** (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)
6. **Genehmigung der Zweijahresberichte** (Art. 16 Abs.2 Punkt 4a)
  - ▶ des Parteipräsidiums
  - ▶ der Kantonsratsfraktion
  - ▶ der Fachausschüsse
  - ▶ der Beschwerde- und Schiedskommission
  - ▶ des Parteisekretariats und weitere
7. **Beitragsleistung an die Kantonalpartei** (Art.16 Abs.4b)
  - ▶ Antrag unverändert Fr. 24.00
8. **Wahlen** (Art.16 Abs.2 Punkt 2 a bis e)
  - ▶ des Parteipräsidiums
  - ▶ der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL)
  - ▶ der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
  - ▶ der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
  - ▶ der Delegierten für die DV der SPS
9. **Regierungsratswahlen 2021**
  - ▶ Bestimmung Anzahl Kandidierende der Sozialdemokratischen Partei
  - ▶ Diskussion und Beschluss
10. **Kantonale Vorlagen für die Abstimmung vom 27. September 2020**  
**Parolenfassung**
  1. Ersatzstandort für die Kantonale Motorfahrzeugkontrolle Olten; Bewilligung eines Verpflichtungskredites und der wiederkehrenden Ausgaben (Miete)  
Pro: **Marianne-Jäggi Wyss**, Kantonsrätin (SP)
  2. Einführung eines Auftrages als politisches Instrument der Parlamentsmitglieder bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation; Änderung des Gemeindegesetzes  
Pro: **Simon Gomm**, Kantonsrat (junge SP)
11. **Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom 27. September 2020**  
**Parolenfassung**
  1. Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»  
Kontra: **Franziska Roth** (SP)
  2. Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
Kontra: **Mathias Stricker**, Kantonsrat (SP)
  3. Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)  
Kontra: **Roberto Zanetti**, Ständerat (SP)
  4. Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge  
Kontra: **Priska Seiler Graf**, Nationalrätin (SP)
  5. Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbserersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)  
Pro: **Adrian Wüthrich**, Alt Nationalrat (SP), Präsident Verein „Vaterschaftsurlaub jetzt!“
12. **Varia**

## 1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

- ▶ Grusswort von der Sektion Oensingen
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

**Franziska Roth** begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Ständerat Roberto Zanetti, Regierungsrätin Susanne Schaffner, die Medien und alle Referent\*innen.

Erteilt Nicole Wyss das Wort für die Sektion Oensingen.

**Nicole Wyss**, Gemeinderätin aus Oensingen, Kantonsrätin und Mitglied des Vorstands



Liebe Genossinnen und Genossen. Auch ich begrüsse euch herzlich hier im neu umgebauten Rösslisaal. Eigentlich gibt es gar nicht viel zu erzählen, denn auch in Oensingen stand die Zeit still. Politik, Kultur, Schule, Sport und jetzt noch der «Ziebelimäret» – es fand nicht's mehr statt und vieles wurde bereits bis weit in die Zukunft abgesagt. Kurz vor dem Lock-down konnten wir noch unsere Ortsparteiversammlung durchführen. An diesem Anlass haben wir unseren langjährigen Ortsparteipräsidenten Guido Glutz verabschiedet. Wir hatten Glück, dass wir mit Daniel Steiger einen kompetenten Nachfolger finden konnten. Das war wichtig, denn wir stehen vor grossen Herausforderungen. Die Gemeinderatswahlen 2021 und wir suchen neue Mitglieder. Die Gemeinde Oensingen hingegen wächst unvermindert weiter. Eigentlich hätten wir diesen Frühling das neue Schulhaus einweihen sollen, aber auch dies wurde verschoben. Wachstum ist in Oensingen und im ganzen Gäu ein stetiges Thema. Schon am letzten Parteitag hier im Rösslisaal hatten wir vom Unterdorf erzählt. Und wir sind immer noch nicht wei-

ter, wie es mit diesen alten Häusern weitergehen soll. Oberste Priorität im Gemeinderat hat die Entlastungsstrasse. Der tägliche Stau durch das Dorf Oensingen ist unerträglich geworden und hat ein Ausmass angenommen, das für alle nur noch eine Zumutung ist. Es wäre schon, wenn man in den Berichterstattungen über Oensingen nicht nur über die Staumeldungen berichtet, sondern vielleicht auch wieder mal über unser Schloss. Wir hoffen sehr, dass die Umfahrungsstrasse bald kommt, wir dadurch wieder mehr Lebensqualität erhalten und unsere Gemeinde wieder einen Dorfcharakter erhält. (Applaus)

### **Franziska Roth**

*Parteipräsidentin der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn*

Liebe Genossinnen und Genossen

Zuerst vorweg: Herzliche Gratulation Sandra Morstein zur Wahl als Gemeindepräsidentin von Riedholz. Ich habe mit Spannung aber stets mit Zuversicht den Wahlkampf verfolgt. Die besonnene Art oder mit den treffenden Worten von Urs Byland in seinem Kommentar: *Betrachtet man die künftigen Aufgaben von Riedholz, insbesondere die Entwicklung von Attisholz Nord, dürfte nun das Dorf mit der eifrigen und im Kampf für Amnesty oder Konsumentenschutz gestählten Sandra Morstein einen spitzen Pfeil im Köcher haben.* Dass die Gegner ausser die fremdenfeindliche, keine Ecke fanden, in die man Sandra stellen kann, liegt daran, dass sie rundum überzeugen kann.

Einfach toll Sandra! Dieser Wahlkampf ist vorbei, der Wahlkampf hat nun also wieder begonnen. (Applaus)

Liebe Frauen und Männer, Solidarität, Gerechtigkeit, Gemeinschaft sind starke Werte, die uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vereinen. Mit unserer Arbeit setzen wir uns täglich dafür ein, dass diese Werte mit konkreten Verbesserungen für die Menschen umgesetzt werden können. Doch wie schaffen wir es, damit diese Themen von immer mehr Menschen auch ausserhalb der Partei getragen werden?

Wir schaffen es mit Schaffner. Letzte Woche sprach mich im Zug ein mir nicht bekannter Mann an: Sind sie nicht Frau Roth? Ja sagte ich und dachte schon, er wolle mir wegen meinem Blocherpost oder meinem Vorstoss für unbezahlten Urlaub die Leviten lesen: Sie sind die Präsidentin der SP Solothurn und ich möchte Ihnen sagen, Ihre Regierungsrätin ist dann also stark. Ich wünschte mir, wir hätten so einen Sozialdirektor in Bern. Ja, Susanne du hast in der Tat einen positiven Namen über die Kantonsgrenze hinaus. In der schwierigen Zeit, in der Menschen durch Maschen zu fallen drohen hast du die Fäden und Nadeln in die Hand genommen und zusammen mit dem Gesamtregierungsrat einige Löcher zugezogen und wenn auch nicht alle, so doch für die vollständige Schliessung gekämpft. Das Departement des Innern spielte und spielt in dieser Coronazeit eine entscheidende Rolle. Du bist dir der Wichtigkeit funktionierender Institutionen voll bewusst, bist hellwach, hast die Sensoren auf Empfang und die Hände am Schaffen und das Herz bei allen nicht nur wenigen.

Der Solothurner Kantons- und Regierungsrat hat gesamthaft gesehen einen guten Job gemacht. Und dennoch schäme ich mich als Politikerin manchmal fremd.

Soziale und ökologische Verbesserungen sind nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse. Hier ein paar „Müscherli“ zu den Corona-Entscheide:



Kein Verbot von Dividendenausschüttungen für Grossfirmen die Kurzarbeit beantragen! Milliarden für die Luftfahrt ohne verbindliche Klimaziele! Statt 100 Millionen für die KITAS nur 65! JA zu 10 Millionen Nothilfe für „Weinflaschen“. NEIN 10 Millionen Nothilfe für Armutsbetroffene.

Applaus von rechts gab es für Ueli Maurer: „Machen Sie Ferien in der Schweiz, geben Sie das Geld hier aus, besuchen Sie die Naturschönheiten, machen Sie Sport, geniessen Sie das feine Essen, den Wein, das Bier, das Wasser und alles was wir haben. Das müsste das Signal sein, nach dem Ende einer Sondersession. Solidarisch zu sein mit der Bevölkerung...“. Frage: Mit welchem Teil der Bevölkerung sollen wir uns solidarisieren, Herr Maurer? Mit den Immobilienhändlern? Mit den Aktionären, die Staatsgelder und Dividenden erhalten? Mit der Flugindustrie, die keine Klimaziele einhalten muss und mehr als 1 Milliarde bekommt? Oder mit denen die Ihnen das Bier, den Wein, das Essen rüsten, kochen servieren, mit denen die Ihnen das Hotelzimmer herrichten, mit denen die Ihren Abfall entsorgen.



Niemand soll durch die Maschen fallen, hiess es anfangs März. 166'000 Armutsbetroffene, 1000e Selbstständige und KMUs und vor allem 1000e Menschen im Stundenlohn heissen im Juni Herr und Frau Niemand.

Die nachhaltige Strategie, die uns durch in dieser besondere Zeit bringt beruht auf unserem sozialdemokratischem Gedankengut inspiriert ist und auf folgenden acht Grundsätzen beruht:

- 1) Die Fakten akzeptieren und sich auf die wissenschaftliche Forschung verlassen.
- 2) Das Allgemeinwohl als Ziel definieren.
- 3) Den Schwerpunkt auf kollektives Handeln und Solidarität setzen.
- 4) Die Bevölkerung einbeziehen. Sensibilisierungskampagnen stärken die Handlungsfähigkeit und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger – etwa hinsichtlich Social Distancing oder Hygienemassnahmen.
- 5) Niemanden zurücklassen.
- 6) Keine Eingriffe scheuen, solange diese verhältnismässig sind und die Grundrechte respektieren.
- 7) Die internationale Dimension einbeziehen.

Das sind im Kern die sozialdemokratische Herangehensweise. Unser Erfolg steht in krassem Gegensatz zu den Vorurteilen, die andere Parteien über uns haben: Für die Freisinnigen behindern wir den freien Markt und den Kapitalismus, der alles Lösen soll. Für einige Umweltschützer stehen wir dem Menschen näher als dem Baum. Für die extreme Rechte sind wir eine Bedrohung der Nation. Für die extreme Linke verraten wir unsere Freiheit.

Liebe Frauen und Männer gehen wir mit Leidenschaft und Vertrauen in die Wahlen 21! wir haben den Beweis, dass unsere Politik eine menschliche ist. Die Erfahrungen mit der Pandemie zeigen klar, dass es sozialdemokratische Ideen sind, welche die nachhaltigsten Lösungen versprechen. Der Parteitag ist eröffnet. (Applaus)

## **2. Bestellung der Stimmzähler/innen**

Tischreihe 1:	Angela Kummer, Grenchen
Tischreihe 2:	Armida Totti, Grenchen
Tischreihe 3:	Urs Straumann, Lostorf
Tischreihe 4:	Gilbert Ambühl, Zuchwil

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler werden mit Akklamation gewählt

## **3. Genehmigung der Geschäftsliste**

Beschluss: Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 19. August 2020 wird einstimmig genehmigt

#### 4. **Genehmigung Protokoll**

Beschluss: Das Protokoll vom 8. Januar 2020 in Grenchen wird einstimmig genehmigt und verdankt.

#### 5. **Jahresrechnung 2019**

Aufgrund der langen Traktandenliste hat die Geschäftsleitung beschlossen, auf eine Präsentation der Rechnung zu verzichten. Stattdessen wurden die Unterlagen allen Delegierten per Post zugestellt und liegt auch als Tischvorlage auf.

**Antrag:** Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten die Rechnung 2019 der Sozialdemokratischen Partei mit einem Aufwandüberschuss von CHF 10'591.89, den Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 17. Februar 2020 zu genehmigen und die Chargierten zu entlasten.

**Begründung:** Das Minus von CHF 10'592 ist CHF 30'000 tiefer als budgetiert. Der Rechnungsabschluss ist für ein Wahljahr ein sehr gutes Ergebnis. Der Hauptgrund liegt bei den höheren Solidaritätsbeiträgen gegenüber dem Budget. Im Vergleich zum Jahr 2018 stabil.

Ausgaben:

- HESO (inkl. MIO): neue Beschriftungen
- Politische Arbeit: höhere Mieten für Parteitage (Nominationsparteitag nationale Wahlen mit Verpflegung; Bildungsanlässe für Gemeinderatsmitglieder; Beitrag an Gedenkstein Willi Ritschard auf dem Balmsberg; div. nat. Kampagnen
- Mitgliederbeiträge: etwas weniger Mitglieder und negative Zahlungsmoral von Direktmitglieder
- Personalaufwand: inkl. Löhne von Campaigner (+ CHF 40'000)

Die Partei ist finanziell solid aufgestellt und kann auf ihre treuen Mitglieder zählen. Trotz mehr Eintritten gegenüber Austritten, nimmt die Anzahl Mitglieder ab, dies aufgrund vielen Todesfällen.

#### **Simon Bürki, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (RPK)**

Liebe Anwesende, danke für eure Beiträge. Diese sind nämlich unsere Haupteinahmequellen und dank diesen wir Wahlen und Abstimmungen mit entsprechenden Kampagnen durchführen können. Die Rechnung 2019 schliesst trotz finanzintensiven Kampagnen und den nationalen Wahlen mit einem kleinen Minus von gut 10'000 Franken ab. Das ist eine Meisterleistung des Sekretariats.

Die RPK empfiehlt die Rechnung zu genehmigen und die Rechnungsführer zu entlasten. Vielen Dank.

Beschluss: Die Rechnung 2019 der Sozialdemokratischen Partei des Kanton Solothurn wird einstimmig genehmigt.

## 6. **Zweijahresberichte 2018 - 2020**

Die Berichte konnte bestellt oder heruntergeladen werden. Zudem liegen diese heute auch als Broschüre auf.

(Art. 16 Abs. 2 Punkt 4a der Statuten)

- des Parteipräsidiums
- der Kantonsratsfraktion
- der Fachausschüsse
- der Beschwerde- und Schiedskommission
- des Parteisekretariats
- Regierungsrat, Nationalrat, Ständerat

**Antrag:** Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten die Zweijahresberichte 2018-2020 zu genehmigen.

**Beschluss:** Die Zweijahresberichte werden einstimmig genehmigt.

## 7. **Beitragsleistung an die Kantonalpartei**

(Art. 16 Abs. 4b der Statuten)

**Antrag:** Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten den Mitgliederbeitrag für Erwerbstätige unverändert bei CHF. 24.00 zu belassen.

**Begründung:** Die Kantonalpartei steht finanziell mittelfristig auf soliden Füßen.

PS: Der Mitgliederbeitrag an die SPS bleibt unverändert bei CHF 65.00

**Beschluss:** Der kantonale Mitgliederbeitrag wird einstimmig genehmigt.

## 8. **Wahlen**

### **Hardy Jäggi, Vizepräsident**

Leider kann ich euch zum letzten Mal Franziska Roth als Parteipräsidentin zur Wahl vorschlagen, denn sie hat angekündigt, nach den bevorstehenden kantonalen Wahlen nach 9 Jahren zu demissionieren. Ich bin sicher, dass «Rosso» bis nach den Wahlen nochmals Vollgas geben wird – so wie wir das von ihr kennen.

(Art.16 Abs.2 Punkt 2 a bis e der Statuten)

- des Parteipräsidiums
- der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL)
- der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
- der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
- der Delegierten für die DV der SPS



**Antrag:** Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten für folgende Gremien alle vorgeschlagenen Personen zu wählen.

**Parteipräsidium:** Franziska Roth (bisher)

- Keine Gegenkandidaturen

**Wahl: Franziska Roth wird per Akklamation als Parteipräsidentin wiedergewählt und erhält einen Blumenstrauss. (Applaus)**

### **Geschäftsleitung**

(alle bisher): Hardy Jäggi (VP), Markus Ammann (Fraktion), Aileen Jenni (JUSO), Irene Meier (Dorneck-Thierstein), Simon Gomm (Olten-Gösigen), Daniela Gerspacher, Nicole Wyss (Thal-Gäu), Max Schmid (Bucheleggberg), Aline Leimann (Wasseramt), Mathias Stricker (Solothurn-Lebern), Susanne Schaffner (Regierungsrätin), Roberto Zanetti (Ständerat)

### **(neu) Nadine Vögeli (Olten Gösigen) anstelle von Dieter Ulrich**

**Dieter Ulrich** aus Olten wurde am Parteitag vom 16. Mai 2013 – auch hier im Rösslisaal in Oensingen - durch die Delegierten einstimmig in die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn gewählt, damals als Nachfolger von Urs Huber. Didi hat somit während mehr als 7 Jahren an zahlreichen GL-Sitzungen teilgenommen. Herzlichen Dank Didi für deine Stimme, dein Mitdenken und dein langjähriges Engagement in den Diensten der Kantonalpartei. (Applaus, Didi bekommt eine Flasche Rotwein).

Die Amteipartei Olten-Gösigen hat deine Nachfolgerin nominiert, das wird Nadine Vögeli aus Hägendorf sein.

**Wahl: Die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung werden einstimmig gewählt (Applaus)**

**Rechnungsprüfungskommission:** Thomas Marbet, Simon Bürki, **Sebastian Benz (neu)** anstelle von Fatma Tekol (verstorben)

**Wahl: Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission werden einstimmig gewählt (Applaus)**

### **Beschwerde- und Schiedskommission:**

Lisbeth Hartmann  
Christine Bigolin  
Daniel Kiefer

**Wahl: Die Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission werden einstimmig gewählt (Applaus)**

**Delegierten der SPS:** Armida Totti, Soner Yaprak, Urs Huber, Ruth Bürgler, Yvonne Majnarić, **Rolf Vogt (neu)**, Daniela Gerspacher, Shulojan Suntharalingam, Irene Meier-Reber, **Aline Leimann (neu)**, **Christine Bigolin (neu)**

**Koordinationskonferenz (DV-stimmberechtigt):** Franziska Roth, Niklaus Wepfer

**Wahl: Die Delegierten werden einstimmig gewählt (Applaus)**

## 9. Regierungswahlen 2021

### **Franziska Roth**

Die Geschäftsleitung hat intensiv darüber diskutiert, mit welcher Strategie und mit wie vielen Kandidierenden die SP in die Regierungswahlen steigen soll. Wie bereits in der Zeitung gestanden, beantragt die GL eine Einerkandidatur. Wir haben mit Susanne Schaffner die stärkste die stärkste Regierungsrätin. Und wir dürfen diesen Sitz nicht gefährden. Es ist unser Ziel, wenn möglich im 1. Wahlgang den Sitz «ins Trockene» zu bringen. Zusammen mit der grünen Regierungsrätin Brigit Wyss, haben wir im Kanton Solothurn zwei linke Sitze in der Regierung. Dies wird in der Bevölkerung so wahrgenommen und honoriert. Der Redaktor fragte mich dann im Interview, ob das von der SP nicht ein bisschen mutlos sei. Nein, meinte ich, zwischen Mut und Übermut besteht ein schmaler Grat. Wir wollen fassbare Politik machen und zeigen, dass wir es ernst meinen. Würden wir als SP mit 2 Kandidaturen ins Rennen steigen und die Grünen mit ihrer Regierungsrätin, so würde dies in der öffentlichen Wahrnehmung als 3 linken Sitze wahrgenommen. Die GL sieht die Gefahr darin, dass mit 2 SP-Kandidaturen der Sitz von Susanne Schaffner unnötig gefährdet werden könnte. Dieses Risiko will man nicht eingehen. Wir haben darüber sehr intensiv diskutiert und sind dann doch sehr klar zum Schluss gekommen, dass wir mit Susanne Schaffner ins Rennen steigen sollten. Dementsprechend lautet auch der Antrag an die Delegierten. Wir nominieren zwar heute noch nicht, wir bestimmen heute mit wie vielen Kandidaturen die SP in den Regierungswahlkampf steigen soll.

### **Antrag Geschäftsleitung vom 24. Juni 2020**

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten bei den Regierungswahlen 2021 mit 1 Kandidatur teilzunehmen.

### **Diskussion:**

**Peter Moor:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich stelle den Antrag, das 1 durch ein 2 zu ersetzen. Ich stelle euch zwei Fragen: wer glaubt hier wirklich, dass die CVP nach den nächsten Wahlen erneut 2 Regierungsmitglieder stellen wird? 2. Wer von euch will lieber eine linke Regierung, statt eine Bürgerliche? Mit einer 1-er Kandidatur verzichten wir freiwillig darauf. Die wichtigste Frage, die wir uns stellen müssen, ist die, wer weiss wie die politische Stimmung im März 2021 sein wird? Die Antwort ist einfach, das weiss niemand, absolut niemand. Wie wird es sich auswirken, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, wenn ein Unternehmen nach dem anderen schliessen muss usw.? Auch das wissen wir nicht. Aber mit der von der GL vorgeschlagenen Strategie «zwingt» mich die SP eine mehrheitlich bürgerliche Regierung zu wählen, ohne zu wissen was auf uns zukommt. Oder anders ausgedrückt, die SP bietet uns Wähler\*innen nicht mal die Chance, eine Wende möglich zu machen. Damit wird sich nichts ändern und ich bin überzeugt, dass wir vor der grössten Krise stehen, die wir je erlebt haben. Mein Thema heute ist nicht die Strategie, mein Thema ist Verantwortung. Ich bin überzeugt, dass wenn wir den Wähler\*innen die Möglichkeit bieten einen Wechsel herbeizuführen, wir schon viel gewonnen haben. Mit einer 1-er Kandidatur verhindern wir das bewusst und zwingen die Menschen eine bürgerliche Regierung zu akzeptieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir gewinnen können. Liebe Leute, es kommen strube Zeiten auf uns zu, die Entlassungsmeldungen nehmen zu. Bitte übernehmt Verantwortung und stimmt meinem Antrag zu. (Applaus)

**Franziska Roth:** danke Peter für dein Votum, aber weil wir stark bleiben wollen, wir eine linke Politik machen ist es wichtig, dass wir unsere starke Kandidatin nicht gefährden

wollen. Wir können schon gewinnen, aber wir müssen noch stärker werden. Im Kantonsrat und in den Gemeinden – wie gerade am vergangenen Sonntag in Riedholz. Regierungsratswahlen sind Majorzwahlen – Peter du hast mich nicht überzeugt – und wenn wir mit 2 Kandidaturen antreten, verteilen wir die linken Stimmen auf 3 Köpfe und gefährden damit den SP-Sitz. Ich glaube nicht, dass es bis März 2021 einen Stimmungswandel gibt, der eine linke Regierungsmehrheit möglich machen würde. Deshalb bin ich fest überzeugt, dass wir mit einer 1-Kandidatur erfolgreicher unterwegs sind.

Keine weiteren Wortmeldungen

**Abstimmung:**

Antrag Peter Moor	15 Stimmen
Antrag Geschäftsleitung:	48 Stimmen
Enthaltungen:	8

**Beschluss:** Die SP beschliesst bei den Regierungsratswahlen 2021 mit einer 1-Kandidatur teilzunehmen.

**10. Kantonale Abstimmungen vom 27. September 2020**

1. Ersatzstandort für die Kantonale Motorfahrzeugkontrolle Olten; Bewilligung eines Verpflichtungskredites und der wiederkehrenden Ausgaben (Miete)  
Pro: **Marianne-Jäggi Wyss**, Kantonsrätin (SP) präsentiert 7 Folien



Guten Abend miteinander. Ich darf euch heute mit gutem Gewissen ein gutes Projekt vorstellen. Es geht um einen Ersatzstandort der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in Olten. Dieser soll nach Wangen bei Olten verlegt werden. Das Geschäft wurde sowohl in den Kommissionen als auch im Kantonsrat ohne Gegenstimmen befürwortet. Die MFK in Olten ist überaltert und den gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr entsprechen., ua. hat weist die Prüfhalle statische Mängel auf. Es wurden verschiedene Optionen geprüft. Der Standort in Wangen entpuppte sich als die optimalste Lösung, dies weil der Zusammenschluss aller Funktionen am Standort des Busbetriebs Olten-Gösgen-Gäu (BOOG) möglich sind. Weitere Optionen wurden verworfen: Neubau auf der grünen Wiese und einen Umbau am bisherigen Standort. Die wesentlichen Merkmale des neuen Standorts wären:

- Verdichtung und Optimierung der bestehenden Infrastruktur
- Doppelnutzung der bestehenden Gebäude, des Bodens und der Erschliessung
- Prüfbetrieb der MFK kann bestehende, tagsüber frei verfügbare räumliche Kapazitäten der Bushallen nutzen
- Die Variante kann relativ kurzfristig umgesetzt werden.

Kosten:

- Die Investitionskosten für den Mieterausbau betragen 6,9 Mio. Franken
- Dazu kommen Mietkosten für sämtliche Räumlichkeiten und Aussenanlagen von 198'800 Franken pro Jahr. Die bisherige
- Miete von rund 83'000 Franken pro Jahr entfällt
- Vorausgesetzt: Der notwendige Kredit wird vom Volk genehmigt.

Die häufigsten Fragen zum Projekt:

- "Eigentum vor Miete" ist die Strategie des Kantons, hier jedoch nicht die Absicht
- Mietvertrag über 15 Jahre
- Mietvertrag kann dreimal um jeweils 10 Jahre verlängert werden
- Nutzung längstens 45 Jahre
- Weiternutzung des Geländes in Olten
- Die Finanzierung des Projekts erfolgt über den Strassenbaufonds

Persönlich finde ich das Projekt sehr gut und empfehle euch ein JA. (Applaus)

### **Diskussion:**

Daniel Thommen: wie beurteilt man den Mehrverkehr in Wangen?

Marianne Wyss: es gibt definitiv eine Entlastung in Olten und in Wangen keine zusätzliche Belastung, weil der Mehrverkehr im Industrieareal entsteht

Antrag der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn: JA-Parole

**Beschluss: Die SP des Kantons Solothurn beschliesst einstimmig die JA-Parole**



2. Einführung eines Auftrages als politisches Instrument der Parlamentsmitglieder bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation; Änderung des Gemeindegesetzes

Pro: **Simon Gomm**, Kantonsrat (junge SP)



Guten Abend zusammen geschätzte Genossinnen und Genossen. Wir stimmen über eine Vorlage ab, die zwar wichtig ist, aber einer Volksabstimmung unwürdig. Es geht um eine technische Frage und darum, dass diese lediglich 1 Gemeinde betrifft, nämlich Olten. Warum Olten, weil Olten eine ausserordentliche Gemeindeorganisation hat, sprich ein Gemeindeparlament. Die SP wollte seinerzeit mit ihrem Vorstoss als Ersatz vom Postulat und der Motion das politische Instrument «Der Auftrag» für alle Gemeinden ermöglichen. Dies hat der Kantonsrat abgelehnt und weil die stark abgeschwächte Vorlage das notwendige 2/3 Quorum nicht erreicht hat, kommt es zu einer obligatorischen Abstimmung über die Lex-Olten. Die Gegner behaupten es gäbe für die Verwaltung einen Mehraufwand. Das Gegenteil ist der Fall, es gäbe eine Vereinfachung, sowohl für die Verwaltung als auch für die Parlamentarier\*innen. Ich bitte der Vorlage zuzustimmen. Besten Dank. (Applaus)

Antrag der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn: JA-Parole

**Beschluss: Die SP des Kantons Solothurn beschliesst einstimmig die JA-Parole**



## 11. Nationale Abstimmungen vom 27. September 2020

1. Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

**Kontra: Franziska Roth (SP)** präsentiert 8 Folien

Die „Begrenzungsinitiative“ der SVP will das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU innerhalb eines Jahres einvernehmlich auflösen – oder innerhalb eines Monats einseitig kündigen. Zudem dürften keine neuen internationalen Abkommen mehr abgeschlossen werden, welche eine Personenfreizügigkeit vorsehen.

Die Folgen?

- Die bilateralen Verträge mit der EU würden wegfallen
- Die flankierenden Massnahmen würden wegfallen

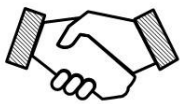
Die Schweiz und die EU pflegen eine wunderbare Partnerschaft:

**1 500 000**

Arbeitsplätze hängen von Schweizer Exporten in die EU ab.

**TOP 3**

Die Schweiz gehört zusammen mit den USA und China zu den drei wichtigsten Handelspartnern der EU.



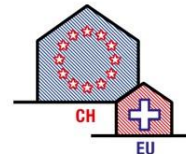
**1/3**

Jeden dritten Franken verdient die Schweiz im Austausch mit der EU.



**MOBILITÄT**

450 000 Schweizerinnen und Schweizer leben in der EU und etwa 1,4 Millionen EU-Bürger in der Schweiz.



315 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger kommen jeden Tag zur Arbeit in die Schweiz.



Nein zu einer Lohndumpingwelle

Das Ende der Personenfreizügigkeit bedeutet auch das Ende der flankierenden Massnahmen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt. Fallen diese Lohnschutzmassnahmen weg, würde der Druck auf die Löhne steigen – und zwar für alle Arbeiter\*innen! Es handelt sich um einen erneuten Frontalangriff der SVP auf den Lohnschutz der arbeitenden Bevölkerung in der Schweiz.

### **NEIN zu einer rückständigen Abschottungs-Politik**

Abschottung war nie eine Lösung – erst recht nicht in einer Wirtschaftskrise. Dank der Personenfreizügigkeit hat die Schweiz heute einen offenen Zugang zum EU-Binnenmarkt. 52% aller Exporte von hiesigen Unternehmen gehen heute in die EU.

### **NEIN zum Schaden am Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz**

Bei Annahme der Initiative könnten unsere Forscher\*innen und Student\*innen nicht mehr an den Forschungs- und Austauschprogrammen der EU teilnehmen. Die Folgen? Schlechtere internationale Vernetzung, weniger Mittel und sinkende Bildungschancen.

### **NEIN zur Beschränkung unserer Freiheit**

Die Personenfreizügigkeit gilt auch für Schweizer\_innen: Heute lebt und arbeitet rund eine **halbe Million Menschen** aus der Schweiz in der EU.

## **Die Folgen?**

Nach der Annahme der SVP-Initiative würde ihr Status, ihre Arbeitssituation und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt massiv verschlechtert. Unsere internationale Bewegungsfreiheit wird erschwert.

## **NEIN zu einer Politik der Scheinlösungen**

Der Arbeitsmarkt befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel. **Es ist Zeit für konstruktive und zukunftsorientierte Lösungen!**

Mehr Schutz für ältere Arbeitnehmende, gezielte Aus- und Weiterbildungen, eine gleichstellungspolitische Offensive, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für ältere Arbeitslose ausreichende Überbrückungsleistungen.

Genau solche Massnahmen hat die SVP im Parlament immer abgelehnt!

Ich bitte euch diese gefährliche Initiative klar abzulehnen. (Applaus)

## **Diskussion:**

**Urs Huber:** liebe Genossinnen und Genossen, ich mit unserer Präsidentin einverstanden. Was mich aber stört ist, dass die Schweiz mit der EU eine wunderbare Partnerschaft pflege. Das stimmt so nicht. Wir können sagen, man pflegt eine Partnerschaft, aber wunderbar ist diese also nicht. Die EU hat im Sozial- und Umweltbereich viele Defizite, sie ist natürlich auch kein Feind, aber die Unterschiede sind vorhanden. Es ist eine logische und eine nötige Partnerschaft, wir sind Freunde und nicht Feinde, aber es handelt sich auch nicht um Liebe. Wir müssen den Leuten sagen, dass jene Kreise, die diese Verträge mit der EU kündigen wollen, das gerade die den Sozialstaat Schweiz in Tat und Wahrheit an die Wand fahren wollen, das sieht man in England, in Amerika usw. wo Handelsverträge gekündigt werden und die Menschen in Armut versinken. Genau diese Menschen, die mit einem JA liebäugeln, sind dann davon im negativen Sinn am meisten betroffen. Ich bitte ebenfalls um ein klares Nein zur Initiative.

**Franziska Roth:** ich finde die Partnerschaft dennoch wunderbar, denn in Europa herrscht Frieden wie nirgends sonst auf der Erde. Meine Grossmutter pflegte zu sagen, wenn du den Nachbar ändern willst, musst man in diese Familien einheiraten (Heiterkeit), ansonsten man keine Rechte haben. Aber hier geht's um die Beziehung zur EU und ich empfinde die als wunderbar.

**Doris Loegel:** (Aufgrund leiser Stimme inhaltlich nicht verständlich). Stimmt nein zur BGI

Antrag der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn: NEIN-Parole

**Beschluss:** Die SP des Kantons Solothurn beschliesst einstimmig die NEIN-Parole

2. Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel

**Kontra: Mathias Stricker, Kantonsrat (SP)** präsentiert 12 Folien

Liebe Genossinnen und Genossen. Im Kanton Solothurn geht's natürlich vor allem um den Luchs. Diese Gesetzesänderung schießt aus Sicht des kantonalen Nein-Komitees über Ziel hinaus. Ursprünglich gings um eine pragmatische Lösung im Umgang mit dem Wolf. Ursprünglich lag in der Tat ein moderater Vorschlag auf dem Tisch. Jetzt aber ist

praktisch nichts mehr davon übrig. Diese Vorlage gefährdet den Artenschutz. Die Natur, seltene Säugetiere und Vogelarten kommen noch mehr unter Druck. Ein Nein zu diesem missratenen Jagdgesetz ermöglicht es, ein Gesetz mit Augenmass und für einen zeitgemässen Schutz der einheimischen Artenvielfalt auszuarbeiten.

Das geltende Gesetz von 1986 ist eigentlich gut, oder anders ausgedrückt, nicht alles was alt ist, ist schlecht. Es ist ein guter Kompromiss, der Schutz liegt beim Bund, die Jagd bei den Kantonen. Dem Bund obliegt also die Bestandesregulierung geschützter Arten. Ein austariertes und bewährtes Gesetz.



### **Was gab den Anstoss zu dieser Revision?**

- Polemik um den **Wolf** (insb. Wallis: *Volksinitiative «Für einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere»* ! )
- Moderate Motion Engler GR, Umwelt-verbände zu Kompromiss bereit
- Auftrag an BR, das JSG gemäss Motion Engler zu revidieren
- Endlose Debatten in den Räten und der Kommission, keine Vernehmlassung, viele Vorstösse - Resultat: eine handwerklich schlechte Gesetzesvorlage

### **Kompetenzverschiebung zu den Kantonen**

Der Kanton entscheidet neu über die Regulierung bundesrechtlich geschützter Arten!  
26 Einzellösungen /grosse Vollzugsunterschiede

Der «Bestand der Population» darf nicht gefährdet sein. Es ist aber nicht explizit der kantonale Bestand gemeint (Art. 7a, Abs. 2). Also könnte eine Tierart in einem Kanton ausgerottet werden, mit Verweis auf intakte Bestände anderswo - *Volksinitiative «Für einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere»*!

### **Abschuss auf Vorrat**

Für die Bestandesregulierung geschützter Arten braucht es keinen Schaden und keine Schutzmassnahmen mehr (Art. 7a, Abs.2, lit. b).

Abschüsse zur Prävention von möglichen Schäden in der Zukunft zulässig.

So werden einerseits die Anreize für den Herdenschutz geschwächt. Der Druck auf die Kantone steigt, verfrühte Abschüsse zu bewilligen.

### **Verfrühte Regulation ist kontraproduktiv**

Wolf und Luchs regulieren die zu grossen Bestände von Schalenwild. (GR 2019: 5600 Hirsche sollten geschossen werden!) Verbisschäden, zu wenig Waldverjüngung in Schutzwäldern! Fällt ein Wolfsrudel aufgrund von unkoordinierten Abschüssen auseinander, wird sein Revier (ca. 250 km<sup>2</sup>) frei. Einwandernde Weibchen paaren sich mehr Wölfe infolge Abschusses.

### **Abschuss jederzeit erweiterbar**

Der Bundesrat kann neu jederzeit und ohne Zustimmung von Parlament oder Volk weitere geschützte Arten auf die Liste der regulierbaren Arten setzen! (Art. 7a, Abs. 1 lit. c).

Die Debatte im Parlament zeigt: Biber, Luchs, Fischotter, Gänsesäger, Höckerschwan und Graureiher droht ebenfalls der Abschuss.

### **Bedrohte Tierarten noch immer jagdbar**

Bedrohte Arten wie Feldhase, Birkhahn, Schneehuhn und Waldschnepfe können weiterhin gejagt werden (Art. 5, Abs. 1). Auch die grausame und jagdlich nicht notwendige Baujagd auf den Fuchs wird nicht abgeschafft. In einem JSG von 2020? unverständlich

### **...und darum ein NEIN zum revidierten Jagdgesetz:**

- Es ist ein klarer Rückschritt im Artenschutz – ein «Abschussgesetz»
- Zum Schutz der Bergwälder braucht es den Jäger und den Wolf.
- *«Den Schafen geht es besser als früher – dank dem Wolf»* (NZZ 8.5.2019). Herdenschutz = bessere Überwachung = Behandlung von Glemsblindheit und Morderhinke (4200 «Abgänge» pro Jahr...)
- Herdenschutz per Jagdgewehr ist nicht nachhaltig; der nächste Wolf kommt bestimmt
- Ein Nein zum rev. JSG ist kein Nein zur Jagd!

### **Was, wenn das neue JGS vom Volk abgelehnt wird?**

Biber: Die Standesinitiative Paul Koch wurde von SR und NR klar gutgeheissen. Sie muss so oder so umgesetzt werden. (Abgeltung von Schäden an Infrastrukturen) Gezielte, massvoll Revision des guten heutigen JSG (z.B. Waldschnepfe, Schneehuhn, Birkhahn... nicht mehr jagdbar) Wolf: Gesetzesrevision gemäss Motion Engler. Noch eine Bemerkung zum Biber. Wenn das Gesetz abgelehnt wird, können die Probleme im Zusammenhang mit Biberschäden, die in diesem Gesetz geregelt wären, rasch wieder aufgenommen werden. Dabei geht es insbesondere darum, wer für die zum Teil grossen Schäden finanziell aufkommt.

### **Wer Nein sagt**

Parteien: EVP, Grüne, GLP, SP, Kantonalpartei FDP Bern, FDP Aargau, CVP Genf ....

Parlamentarier-Komitee mit Vertreter /innen aus allen politischen Lagern

BirdLife, Pro Natura, WWF, Gruppe Wolf Schweiz, zooschweiz, Schweizer Tierschutz, Fondation Franz Weber, Stiftung für das Tier im Recht (+ 18..)



Försterkomitee / Jägerkomitee

Danke für euer NEIN im Interesse von Feldhasen, Schutz- und Bergwald, Artenvielfalt, Waldschnepfe, Luchs, Biber, Wolf, Höckerschwan, Naturverjüngung, Birkhahn. (Applaus)

Antrag der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn: NEIN-Parole

**Beschluss: Die SP des Kantons Solothurn beschliesst einstimmig die NEIN-Parole, bei 1 Enthaltung**

3. Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

**Kontra: Roberto Zanetti, Ständerat (SP)**



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste. Franziska Roth hat zu Beginn erklärt wie die Regierung und insbesondere auch Susanne Schaffner im Zusammenhang mit Corona als Regierungsrätin schnell reagiert hat. Jetzt müsst ihr euch mal vorstellen, Susanne hätte erklärt, die Regierung stelle 1 Million Franken zur Verfügung für Menschen, die von der Krise besonders betroffen sind. Wir hätten alle geklatscht und gratuliert. Dann hätte der Kantonsrat dies begrüsst und abgesegnet und zusätzlich beschlossen, dass allen Menschen, die über 500'000 Franken verdienen mit zusätzlich 37 Millionen Franken entlasten. Wir hätten alle gesagt, jetzt haben sie aber übertrieben.



Genau das ist bei dieser Geschichte der Kinderdrittbetreuungskosten passiert. Ursprünglich war die Idee im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel nämlich die, dass wenn eine Frau oder ein Mann arbeiten gehen dieser Verdienst nicht von Betreuungskosten weggefressen wird. Deshalb war man sich einig, dass der Steuerabzug von 10'000.- auf ca. 25'000.- erhöht werden muss. Dies hätte für den Bund ca. 10'000'000.- Mindereinnahmen bedeutet. Damit konnten alle leben. Dann kam während der Debatte ein CVP-ler und stellte einen Einzelantrag, die allgemeinen Abzüge um 3'500.- auf 10'000.- ebenfalls zu erhöhen. Der Ausfall kann man mit dem Faktor 37 beziffern. Deshalb zu Beginn auch der Vergleich mit dem Kanton Solothurn. Dieser «Spass» kostet den Bund 370'000'000 Franken. Das war eine angeregte Debatte. Das beste Votum hat der Finanzminister gehalten, SVP-Bundesrat Ueli Maurer. Dies hab' ich ihm auch gesagt, aber auch, dass ich ihn im Abstimmungskampf zitieren werde. Er hats auf den Punkt gebracht, nämlich dass dies eine «Reichensubvention» sei. Es ist ein altes sozialdemokratisches Steuerpolitikhandwerk, was bereits Otto Stich und Willi Ritschard sagten, dass man nicht Abzüge beim steuerbaren Einkommen machen müsse, sondern bei der Steuerrechnung. Dies wäre zumindest einigermaßen gerecht. Uns wird ja immer wieder vorgeworfen, wir betreiben Sozialpolitik mit der Giesskanne. Aber bei dieser Vorlage geht es darum mit dem Hochdruckreiniger in den Swimmingpool zu spritzen (Heiterkeit). Infolge der Progression haben diese Abzüge enorme Ausfälle zur Folge. Also allen Grossverdiener will man jetzt diesen Abzug erlauben und bewirkt damit, dass diese, infolge der Progression, das 13-fache einsparen als jene mit tieferen Einkommen. Aus all diesen Gründen empfehle ich euch NEIN zu stimmen. Hände weg von Abzügen auf dem steuerbaren Einkommen, denn das gibt immer eine Reichensubvention. Der Staat verliert 370 Millionen Franken und 20% davon die Kantone. Merci. (Applaus)

Antrag der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn: NEIN-Parole

**Beschluss: Die SP des Kantons Solothurn beschliesst einstimmig die NEIN-Parole**

4. Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampflugzeuge

**Kontra: Priska Seiler Graf, Nationalrätin (SP)** präsentiert 10 Folien

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich möchte euch herzlich begrüßen und danke für die Einladung, die ich sehr gerne angenommen hab. Ich finde es sehr gut, dass ihr auch bei nationalen Vorlagen Parolen fasst. Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich nehme ich diese Praxis als Idee mit und versuche dies auch in unserem Kanton einzuführen.

Bei dieser Vorlage geht es um viel Geld, nämlich nur für die Beschaffung um 6 Milliarden Franken. Es ist nicht so, dass es keine sicherheitspolitischen Herausforderungen gibt, die Welt sicherer geworden wäre, aber bei den allermeisten Herausforderungen nützen uns neue und teure Luxuskampffjets rein gar nichts. Es gibt schlicht kein plausibles Bedrohungsszenario, welche diese Anschaffung rechtfertigen würde. Ein Kampffjet ist primär mal ein Angriffsmittel. Selbstverständlich kann er auch zur Verteidigung genutzt werden. Ja aber wer um Himmels Willen soll uns denn angreifen? Wir sind umzingelt von Freunden. Wer kann die Nato überrennen, um die Schweiz anzugreifen? Oder soll die Schweiz mit einem Tarnkappenbomber Moskau oder Lissabon angreifen? Der moderne Krieg sieht anders aus (Cyberangriffe, hybride Konfliktformen, Drohnenangriffe, Terroranschläge, Pandemien etc.), und nicht Panzerschlachten oder Luftkriege

mit Kampfjets. Gegen all diese Gefahren nützt der Kampfjet nichts. „Ein direkter Angriff auf die Schweiz, bei dem die ganze Luftverteidigung der Nato durchbrochen wäre, scheint aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich“. Antwort Bundesrat auf Fragen der SP-Fraktion.

Bei der jährlichen Beurteilung des Bundesrates der Bedrohungslage weist er zu Recht auf die Verschlechterung der Sicherheitslage hin. Im ganzen Bericht findet sich jedoch nicht der geringste Hinweis, dass Hochleistungs-Kampfjets gegen die dort beschriebenen neuartigen Bedrohungen etwas nützen könnten. Viel grösser ist z.B die Gefahr eines Strommangels. Eine Strommangelanlage kostet 100 bis 150 Mia. Franken. 24 Mia. Franken kosten die Luxus-Kampfjets bis Ende Lebensdauer. Wir sind klar der Meinung, dass die knappen Mittel besser dort investiert werden müssen, wo die Risiken am grössten sind und am meisten zusätzliche Sicherheit erwartet werden kann.



Wir kaufen die Katze im Sack. Weder Kampfjet-Typ, noch Kampfjet-Anzahl sind bekannt. Aber die Typenwahl ist eben alles andere als unpolitisch. Mit jedem der vier geprüften Kampfjet-Typen sind höchst unterschiedliche aussenpolitische Abhängigkeiten und militärische Ausrichtungen verknüpft. Diese wichtige Weichenstellung jetzt der demokratischen Debatte zu entziehen, ist zutiefst unschweizerisch und zeugt von Angst vor dem Volk.

### **Exorbitante Steigerungen der Armeeausgaben**

Kein anderer Ausgabenbereich des Bundes hat in den Jahren 2014 bis 2023 ein derart grosses Wachstum erfahren wie der Bereich Landesverteidigung und Sicherheit, **um satte 49%**! Laut Armeebotschaft 2020 sollen die Rüstungsausgaben in der Zehnjahres-

Periode 2023 bis 2032 15 Milliarden statt bisher geplant 10 Milliarden betragen, wiederum eine enorme **Steigerung von 50%!** Dieses Geld fehlt dann in anderen Bereichen wie zB. bei der Bildung, beim Sozialen, beim Klimaschutz. Denn jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden.

Das dicke Ende kommt erst noch: Luxus-Kampffjets kämpfen mit einer explosionsartigen Steigerung der Lebenszykluskosten

- 6 Milliarden: Beschaffungskosten
- 12 Milliarden Betrieb (laut Bundesrat)
- 6 Milliarden: Infrastruktur, Werterhaltung, Upgrades (laut Lilienberg)

Es gibt Alternativen, wir kaufen leichte Kampffjets und schonen die F/A-18. Der M-346FA oder der KAI FA-50 Golden Eagle können aus dem Stand sofort starten. Luxus-Kampffjets brauchen zwischen Alarm und Start 15 Minuten. Das ist sehr lange: In 15 Minuten legt ein ziviles Verkehrsflugzeug 225 Kilometer zurück, also die Strecke Schaffhausen – Chiasso. Der M-346FA beispielsweise ist mit Luft-Luft-Raketen bewaffnet, die mehrfache Schallgeschwindigkeit fliegen und den gesamten Schweizer Luftraum abdecken. Das genügt für die Luftpolizei auch bei fast allen Hot Missions: Ein Eindringling wird sich rasch sehr beeindruckt zeigen, wenn er mit diesen Luft-Luft-Raketen bedroht wird. Die vorgeschlagenen leichten Kampffjets sind allwetter- und nachtauglich und verfügen über die modernste Bewaffnung und Radars, die höchste Standards erfüllen. Wir bauen unsere bodengeschützte Luftverteidigung aus (Bodluf), denn dieses System haben eine weit höhere Verfügbarkeit als Luxus-Kampffjets, sind weniger verletzlich und bedeuten geringeres Risiko für menschliche Opfer. Weiter müssen wir in frühzeitige Erkennung und Warnung investieren. Auch leichte Kampffjets lassen sich mit äusserst leistungsfähigen Radarsystemen ausrüsten. Radarsysteme haben in den letzten wenigen Jahren eine äusserst dynamische technische Entwicklung erfahren. Die Schweiz hat schon heute mit den vier Nachbarstaaten bilaterale Verträge für die gemeinsame Sicherung des Luftraums abgeschlossen. Der Geltungsbereich dieser Verträge sollte im gegenseitigen Interesse ausgebaut werden.

Ich bitte euch darum, die NEIN-Parole zu beschliessen. Vielen Dank. (Applaus)

### **Diskussion:**

**Klaus Blättler:** ich sehe die Bedrohungslage etwas anders und möchte nicht alles den Nachbarn überlassen und es dabei bewenden lassen, die werden es dann schon für die Schweiz richten, falls eine Bedrohungslage eintritt.

**Priska Seiler:** Ich bin auch der Meinung, dass die Schweiz ihren Beitrag leisten muss, dies machen wir aber schon heute und würden wir auch mit leichten Jets machen. Andere Länder haben ähnliche Modelle wie die Schweiz, z.B. Österreich. Wir sagen ja nicht nein zu Jets, lediglich Nein zu Luxuskampffjets.

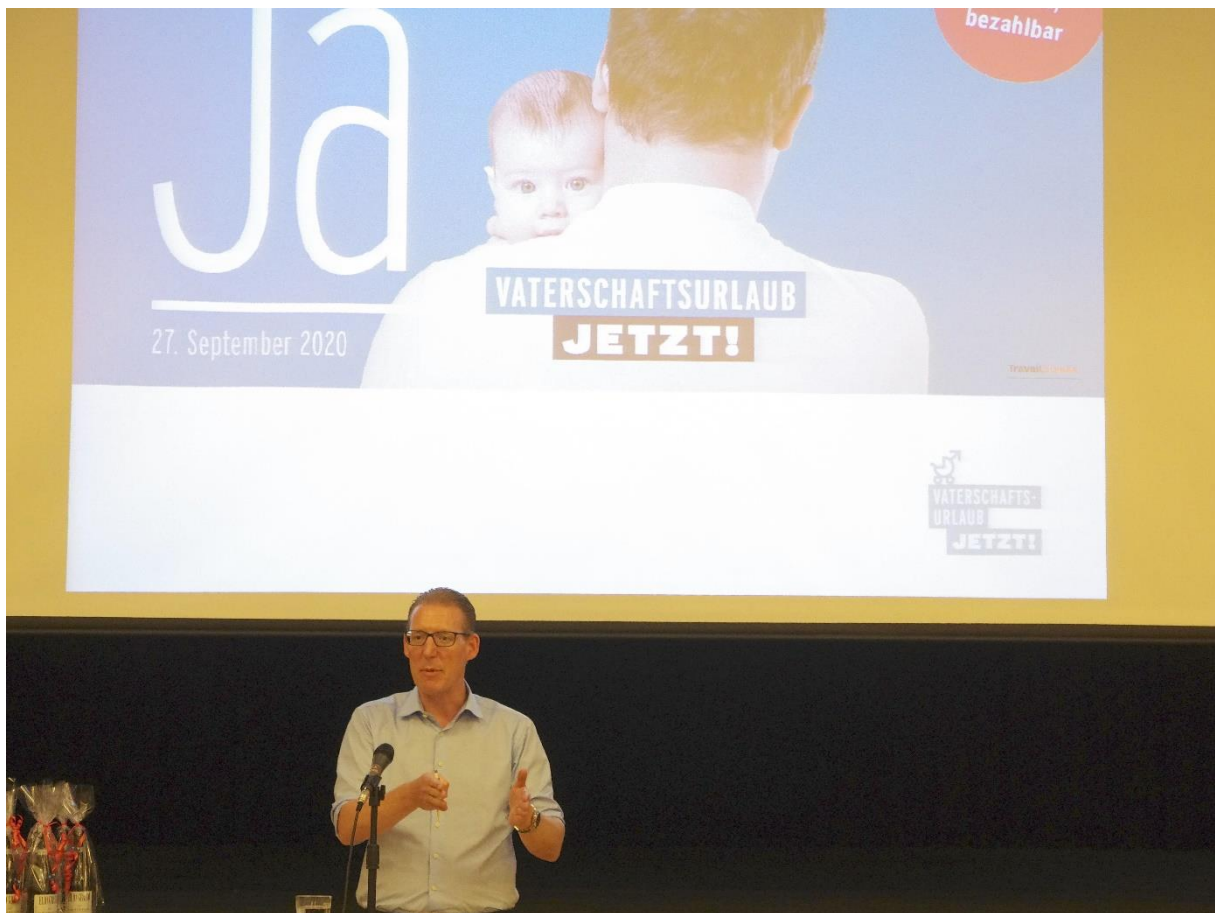
**Cyril Lüdi:** man hört ja auch immer wieder, man müsse den Leuten etwas bieten, damit sie schaffen können. Das stimmt natürlich und bestreite ich auch nicht, aber ich war im Militär im Coronaeinsatz. Da wird einfach Geld verlockt, sinnlos und Arbeit hatten wir keine. Mit diesen Jets geht's gleich weiter mit der sinnlosen Geldverschwendung. Die Armee braucht Geld, aber in Bereichen wo es Sinn macht. Deshalb bitte ich euch ein Nein in die Urne zu legen. (Applaus)

Antrag der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn: NEIN-Parole

Beschluss: Die SP des Kantons Solothurn beschliesst einstimmig die NEIN-Parole, bei 4 Enthaltungen

5. Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)

**Pro: Adrian Wüthrich, Alt Nationalrat (SP), Präsident Verein „Vaterschaftsurlaub jetzt!“** präsentiert 14 Folien



Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die Einladung. Ich bin sehr gerne gekommen, so quasi als Nachbar aus dem Oberaargau.

Bei der nun vorliegenden Vorlage gibt es immer noch Leute, die glauben es gehe um ein Luxusprojekt, dabei handelt es sich hier um einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative, welche 4 Wochen gefordert hat. Jetzt geht es um 2 Wochen, also 10 Arbeitstage. Das war ein Kompromiss, oder anders ausgedrückt um einen Anfang. 10 Tage sollen Väter neu bei den Kindern sein, dann wenn's nämlich am schönsten ist.

Ich hab' mir überlegt, wie ich den Übergang von den Kampfjets zum Vaterschaftsurlaub machen soll. Es gibt tatsächlich einen Zusammenhang, nämlich bei der Finanzierung. Sowohl Frauen und Männer, die während dem Dienst den Erwerbsausfall aus der

EO erhalten, sollen auch der Vaterschaftsurlaub aus der EO bezahlt werden. Es gibt also kein neues Sozialwerk. Die heutigen Väter wollen bei ihren Kindern sein, wollen das Ihrige beitragen und Verantwortung übernehmen. Dazu braucht es aber auch Zeit. Heute sagt der Staat, dass dies die Frau tun soll, mit dem 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub. Einen eigentlichen Vaterschaftsurlaub gibt es heute nicht, zumindest nicht gesetzlich geregelt (bis auf 1 Tag). Auf freiwilliger Basis gibt's erfreulicherweise bereits verschiedene Modelle.

Der nun vorliegende Kompromiss ist breit abgestützt und in weiten Kreisen unbestritten. Betreffend den Kosten, diese belaufen sich auf rund 200'000'000 Franken, also weit weniger als beim Kinderabzug-Bschiss und bezahlt werden diese über die EO. Heute beträgt der der Lohnabzug für die EO 0,45 %, neu wären es 0,5%.

Die Schweiz ist in Europa das einzige Land, das weder einen Vaterschaftsurlaub noch eine Elternzeit kennt. Es ist also höchste Zeit, dass auch wir damit beginnen. Zudem profitieren dann auch keine KMU. Sie werden attraktiver gegenüber den Grossen, die sich dies bereits jetzt leisten können.

Ich danke euch, wenn ihr Ja zum Vaterschaftsurlaub sagt, auch wenn es erst ein kleiner Schritt ist. Vielen Dank für die Unterstützung. (Applaus)

Antrag der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn: NEIN-Parole

**Beschluss: Die SP des Kantons Solothurn beschliesst einstimmig die JA-Parole**

Alle Referent\*innen erhalten als Dank ein Flasche Wein.

## **12. Varia**

Niklaus Wepfer: Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist schon spät, aber ich hab' euch noch eine kurze persönliche Mitteilung zu machen.

Seit 1. Juni 2009 bin ich euer Parteisekretär, seit bald 12 Jahren gebt ihr mir den Lohn und schenkt mir fast uneingeschränkt euer Vertrauen. Dafür bin ich euch sehr dankbar und es war und ist mir eine Ehre.

Aber alles hat ein Ende. Nach bald 12 Jahren hab' ich mich definitiv entschieden, nicht als Angestellter bei der SP in Pension zu gehen - und noch etwas – beruflich für mich bis heute noch unbekanntes - zu machen. Manchmal muss man eine Entscheidung treffen, damit Neues möglich wird. Ich bin mit 16 Jahren in die SP eingetreten, war während Jahren als Búezer in der Landwirtschaft, auf dem Bau, als LKW-Chauffeur tätig, jetzt seit bald 12 Jahren bei euch in der besten Arbeiterpartei angestellt und jetzt im 53.ten.... Hab' politisch die Ochsentour mitgemacht, war in Gemeindegemeinschaften, im Gemeinderat, als Sektionspräsident tätig und im Kantonsrat.

Es hat mir Spass gemacht, immer noch, aber jetzt ist der richtige Zeitpunkt im Sekretariat von meiner politischen Heimat neuen Kräften Platz zu machen. Ich hatte während diesen Jahren das Privileg mit wunderbaren Menschen zusammenarbeiten zu dürfen – mit euch. Diese Zeit war für mich eine Lebensschule und dafür bin ich euch sehr dankbar, euch lieben Genossinnen und Genossen.



Der langen Rede kurzer Sinn, ich werde nächsten Frühling, zeitlich in Absprache mit der Partei, meinen Arbeitsplatz im Parteisekretariat am Rossmarktplatz in Solothurn räumen. Dies wollte ich euch heute und hier in Absprache mit dem Personalausschuss und den Präsidien von Partei und Fraktion mitteilen, denn ihr seid meine Arbeitgeber und ihr habt Anrecht dies von mir zu erfahren.



Die Stelle werden wir demnächst ausschreiben, damit rechtzeitig eine seriöse Nachfolgeregelung und Übergabe aller Geschäfte gewährleistet ist. Ich werde ua. selbstverständlich wiederum die kantonalen Wahlen mit vollem Engagement leiten, mich mit euch dafür einsetzen, dass Susanne Schaffner als bestens bewährte Regierungsrätin wiedergewählt wird und wir an den Wahlerfolg von 2017 mit 4 Sitzgewinnen im Kantonsrat anknüpfen können. Denn wir sind die Partei, die sich um die Bevölkerung mit ihren Anliegen, Nöte und Sorgen kümmert. Vielleicht müssen wir dazulernen, dies noch etwas einfacher, verständlicher, glaubwürdiger und authentischer zu vermitteln. Wir haben für die Basiskampagne wiederum 2 topmotivierte Campaigner angestellt. Beide kennen den Kanton Solothurn sehr gut, haben grosse Erfahrung, beginnen ihre Arbeit bei der Kantonalpartei am 14. September und werden sich in der nächsten Mitgliederzeitung und am Parteitag vom 21. Oktober in Zuchwil bei euch vorstellen. So oder so, ihr werdet von ihnen hören.

Es war eine schöne Zeit, ja immer noch, ich will sie nicht missen und ich danke euch. Im Mai 2021 werden wir euch meine Nachfolgerin oder meinen Nachfolger vorstellen können. Und dann werde ich euch richtig Danke sagen.

Merci, Danke und kommt gut nach Hause. (Applaus)



VI. Simon Gomm, Franziska Roth, Priska Seiler Graf, Marianne Wyss, Adrian Wüthrich, Roberto Zanetti, Mathias Stricker

Keine weitere Wortbegehren

Gute Heimreise und danke fürs Kommen. Der Parteitag ist geschlossen. (Applaus)

Für das Protokoll:

Niklaus Wepfer, 16. September 2020